

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 74 (1980)
Heft: 3

Artikel: Das Dokument : katholische Theologiestudenten für Bankeninitiative
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-142829>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 03.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Das Dokument

Katholische Theologiestudenten für Bankeninitiative

Eine Gruppe katholischer Theologiestudenten hat sich an einer Werkwoche mit der Bankeninitiative befaßt und die folgende Stellungnahme erarbeitet, die von 175 katholischen Theologiestudenten der deutschen Schweiz — und damit von 90 Prozent der katholischen Theologiestudenten dieser Sprachregion — unterstützt wird:

«Zwei Drittel der Menschheit leben derzeit in einer Situation der Not, des Elends, der Unsicherheit und der Ungerechtigkeit. Die Schweiz, die zu den reichsten Ländern der Welt zählt, verdankt einen Teil ihres Wohlstandes der Ausbeutung der Dritten Welt» (Synode 72). Die Schweiz muß sich darüber klar werden, daß sie als wichtiger internationaler Finanzplatz eine bedeutende Rolle spielt in einem Weltwirtschaftssystem, das die Reichen begünstigt. Nicht zuletzt wegen des Bankgeheimnisses und der mangelhaften Informationspflicht der Banken ist die Schweiz zum Hort von Fluchtgeldern aus der Dritten Welt und zum Umschlagplatz für Transaktionen zum Schaden der Entwicklungsländer geworden. «In diesem Zusammenhang stellen sich für unser Land die folgenden zentralen Fragen: Wie können wir unsere Finanz-, Bank- und Zollpolitik zu Gunsten der Dritten Welt verbessern?» (Synode 72).

— Schon 1970 weist die Interkonfessionelle Konferenz «Schweiz—Dritte Welt» auf den Zusammenhang zwischen Bankgeheimnis, Kapitalflucht und Unterentwicklung hin.

— Die Synode 72 fordert ausdrücklich eine Ueberprüfung des Bankgeheimnisses und der Finanztätigkeit in der Dritten Welt.

— 1975 diskutiert die «Kommission schweizerischer Entwicklungsorganisationen» die Lancierung einer entwicklungspolitischen Verfassungsinitiative.

— 1979 reicht die Sozialdemokratische Partei die Bankeninitiative ein, worin diese Anliegen neben anderen mitgehalten sind.

Wir befürworten diese Initiative aus folgenden Gründen:

1. Entwicklungspolitische Aspekte

Das schweizerische Bankgeheimnis und die ungenügende Rechtshilfepraxis begünstigen neben anderen Faktoren die ausländische Kapitalflucht in die Schweiz. Die Kapitalflucht entzieht den Entwicklungsländern notwendige Investitionsmittel, was deren Verschuldung und Auslandabhängigkeit vergrößert. Zwar vermag die Bankeninitiative dieses Problem nicht weltweit zu lösen, aber sie vermindert die Attraktivität der Schweizer Banken für Fluchtgelder.

Zwischen der hohen Spendebereitschaft der Schweizer Bevölkerung und der Funktion des Finanzplatzes Schweiz besteht ein krasser Widerspruch: Der jährliche Kapitalrückfluß aus Entwicklungsländern ist größer als alle schweizerischen Entwicklungshilfeleistungen (Staat und private Hilfswerke zusammen). Die geforderte Transparenz der Bankentätigkeit ermöglicht den Zugang zu genauen Informationen über die wechselseitigen Finanzströme — eine wichtige Grundlage für entwicklungspolitische Entscheide in der Schweiz.

2. Sozialethische Aspekte

Die Erschwerung der Kapitalflucht ist ein Gebot internationaler Solidarität und weltweiter Verantwortung für Menschenwürde und soziale Gerechtigkeit.

keit. Sie ist eine Bedingung für die eigenständige Entwicklung der Völker der Dritten Welt. Der Einsatz für soziale Gerechtigkeit ist auch ein Stück aktiver Friedensarbeit. «Entwicklung ist der neue Name für Frieden» (Papst Paul VI.). Die Bankeninitiative ist ein Beitrag, den die Schweiz dazu leisten kann; denn sie verändert die rechtlichen Faktoren, welche die Schweiz zu einem Sammelbecken für Fluchtgelder machen.

3. Theologische Aspekte

Durch den universalen Erlösungswillen Gottes hat die Kirche den Auftrag, sich weltweit für die befreiende Macht des Evangeliums einzusetzen. Legitimation und Glaubwürdigkeit der Kirche messen sich an ihrer Stellung zu den Armen. Sie weiß sich daher solidarisch mit den armen Völkern der Dritten Welt und unterstützt alle Bestrebungen, die auf eine Verringerung der Not der breiten Massen abzielen.

4. Innenpolitische Aspekte

Für die Schweiz selbst stellt die Bankeninitiative einen Schritt zur Rechtsgleichheit in der Steuererfassung dar (Lohnabhängige und Selbständigerwerbende). Auch dies ist ein Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit.

Wir erwarten, daß Kirchen, Hilfswerke, Dritte-Welt-Gruppen und Politiker unter Berücksichtigung der genannten Gründe Stellung zur Initiative beziehen, und hoffen, daß möglichst viele die Initiative unterstützen.

Aus unseren Vereinigungen

Zweifel an Puebla

An ihrer Monatsversammlung vom 14. März 1980 diskutierten die «Christen für den Sozialismus» über das Thema «Von Medellín bis Puebla». Die Schlußdokumente der letzten lateinamerikanischen Bischofskonferenz, die erst kürzlich in deutscher Sprache erschienen sind, wurden von Willy Spieler kritisch beleuchtet. René Albertin berichtete, gestützt auf Eindrücke einer Reise durch Kolumbien, welche Bedeutung den beiden Bischofskonferenzen in der Praxis zukommt, inwiefern ihre Ergebnisse von der Bevölkerung aufgenommen und diskutiert werden.

Das anschließende Gespräch ergab, daß die Schlußdokumente von Puebla eine klare politische Linie vermissen lassen. Auch wenn sie sich nicht ausdrücklich von der Theologie der Befreiung distanzieren, so ist nun doch nach der Eröffnungsansprache von Papst Johannes Paul II. «die Stunde des Protests vorüber». Zwar wird weiterhin unterstrichen, daß sich die Kirche für die Armen einzusetzen hat, was auch eine Befreiung auf sozialer Ebene miteinschließt. Nur darf dies nicht — zumindest was das Engagement der Priester angeht — ein Handeln auf politischer Ebene bedeuten.

Diese Angst der Kirche vor politischen Aktionen zeigt sich auch gegenüber den «Basisgemeinden», die oft eine Eigendynamik entwickeln und sich ungern als verlängerten Arm des Bischofs betrachten. Es darf aber nicht darüber hinweggesehen werden, daß die Säkularisierung in Lateinamerika, vor allem in den Städten, bereits weit fortgeschritten ist und Dokumente wie die Schlußakte von Puebla nur eine begrenzte Möglichkeit haben, die Bevölkerung zu mobilisieren — oder auch ihre Mobilisierung zu verhindern.

Jürg Forster